

Lassnigg, Lorenz; Schmid, Kurt

Editorial [Öffentlichkeit und Markt: Wozu ein öffentliches Bildungswesen?]

Magazin Erwachsenenbildung.at 11 (2017) 32, 8 S.



Empfohlene Zitierung/ Suggested Citation:

Lassnigg, Lorenz; Schmid, Kurt: Editorial [Öffentlichkeit und Markt: Wozu ein öffentliches Bildungswesen?]

- In: Magazin Erwachsenenbildung.at 11 (2017) 32, 8 S. - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-150302

in Kooperation mit / in cooperation with:

Meb



Magazin
erwachsenenbildung.at

<http://www.erwachsenenbildung.at>

Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz:
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de> - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen sowie Abwandlungen und Bearbeitungen des Werkes bzw. Inhaltes anfertigen, solange Sie den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

This document is published under following Creative Commons-License:

<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en> - You may copy, distribute and render this document accessible, make adaptations of this work or its contents accessible to the public as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor. By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Kontakt / Contact:

peDOCS
Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Magazin

erwachsenenbildung.at



Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

www.erwachsenenbildung.at/magazin

Ausgabe 32, 2017

Öffentlichkeit und Markt: Wozu ein öffentliches Bildungswesen?

Aus der Redaktion

Editorial

Lorenz Lassnigg und Kurt Schmid



Editorial

Lorenz Lassnigg und Kurt Schmid

Lassnigg, Lorenz/Schmid, Kurt (2017): Editorial.

In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs.

Ausgabe 32, 2017. Wien.

Online im Internet: <http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/17-32/meb17-32.pdf>.

Druck-Version: Books on Demand GmbH: Norderstedt.

Erschienen unter der Creative Commons Lizenz CC BY 4.0

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Schlagworte: Öffentlichkeit, Markt, Bildungswesen, Politische Bildung, deliberative Demokratie, Kapitalisierung, Management, Verwaltung, Marktprinzip, Literarität, Erwachsenenbildung



Kurzzusammenfassung

In der neueren internationalen vergleichenden Forschung werden in verschiedenen Formen starke Privatisierungstendenzen im Bildungswesen beobachtet, und auch in den politischen Reformdebatten werden Maßnahmen zur Stärkung privater Initiativen häufig als Lösung für Probleme im staatlichen Bildungswesen vorgetragen. Zum anderen werden die Implikationen der starken Privatisierungstendenz von Bildung, Bildungsangeboten und Bildungseinrichtungen nicht ausreichend ausgelotet und diskutiert. Vor allem die Dimensionen der Gerechtigkeit/Gleichheit und der Demokratie/Demokratisierung werden in den Diskursen bestenfalls sehr oberflächlich berücksichtigt. Gerade auf Letzteres wollte das Magazin erwachsenenbildung.at reagieren und hat eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Beziehung zwischen Öffentlichkeit, Markt und Bildung angeregt. Ziel dabei war es, mehr als die bekannten Schlagworte (Markt vs. Staat; repräsentative vs. partizipative Demokratie; Verwaltung vs. Management; Politische Bildung vs. Demokratiepädagogik etc.) greifbar und denkbar zu machen. So wird von den Beiträgen u.a. aufgezeigt, dass die Verzerrung und Überbetonung der „Kapitalisierung“ mit einem entsprechenden Schwinden der sozialen Einbettung von Bildung und Lernen und deren Bedeutung für die Demokratie einhergeht; dass die Akteurinnen und Akteure der Weiterbildung, insbesondere die Träger und Verbände, Mitverantwortung an der zunehmenden Ökonomisierung des Feldes tragen und wie sie dazu beitragen können, „Allmenden der Weiterbildung“ im Sinne eines öffentlichen Gutes zu fördern. Schwerpunkte bilden weitere Diskussionen um den boomenden Markt der Deutsch als Zweitsprache-Ausbildungen, um den Markt(un)wert Politischer Bildung und kritischer Finanzbildung sowie um Herausforderungen der Erwachsenenbildungseinrichtungen zwischen Markt, Steuerungsmechanismen und Konkurrenzdruck nebst einem Plädoyer für Bildung als ein „Öffentlichkeit-Lernen“ in einer politischen Öffentlichkeit und der Einschätzung zweier Politikjournalisten zum Demokratieverständnis der ÖsterreicherInnen. (Red.)

Editorial

Lorenz Lassnigg und Kurt Schmid

In den internationalen bildungspolitischen Diskursen ist das mehr oder weniger politisch geförderte Eindringen von Marktstrukturen und privaten Mitteln in das öffentliche Bildungswesen mittlerweile von den Rändern ins Zentrum gerückt. Andererseits befinden sich die öffentlichen Institutionen bereits seit mehreren Jahrzehnten unter Druck, und dieser Druck zeitigt auch krisenhafte Früchte, die in Zukunft durchaus noch „reichere“ Ernten erwarten lassen. Daher sehen wir eine gewisse Dringlichkeit für eine vertiefte Auseinandersetzung mit diesem Thema auch in Österreich, und zwar nicht nur für die Erwachsenenbildung.

Der dieser Ausgabe vorausgegangene Call „Öffentlichkeit und Markt: Wozu ein öffentliches Bildungswesen?“ hat vergleichsweise wenig Resonanz gefunden. Er war aus unserer Sicht durchaus als eine „Probe aufs Exempel“ gedacht/angelegt. „Probe aufs Exempel“ deshalb, weil wir die Hypothese vertreten, dass das Problembewusstsein in der österreichischen Erwachsenenbildung bezüglich dieser Fragestellung – faktisch und normativ – nicht unbedingt stark ausgeprägt ist: Ähnlich der Stabilität der Demokratie insgesamt werden die Existenz und Finanzierung eines öffentlichen Schul- und Bildungswesens mehr oder weniger als Selbstverständlichkeit gesehen.

Faktisch beobachten international vergleichende Analysen im Bildungswesen sehr deutliche Privatisierungstendenzen in unterschiedlichen Formen¹ (für manche AutorInnen ist das staatliche Bildungswesen bereits eine „Sache der Vergangenheit“). Diese Formen der Privatisierung können sehr vielfältig sein und sich graduell verbreiten oder punktuell durch politische Beschlüsse/Reformen realisiert werden.

Hauptformen sind einerseits eine private Trägerschaft und/oder Finanzierung der Bildungsinstitutionen, andererseits verschiedenste Spezialdienste für diese Institutionen (wie Bereitstellung von Materialien, Infrastrukturen, Personal, Assessments, Qualitätssicherungsinstrumenten etc.). Dabei gibt es ein breites Spektrum an Ausprägungen des Gewichtes und Verhältnisses zwischen öffentlicher Kontrolle und marktwirtschaftlicher Freiheit, das empirisch oft schwer einzuschätzen ist; bei den marktwirtschaftlichen Freiheiten kommt die Frage nach der Gewinnerorientierung hinzu. Auch ist dieses Verhältnis von öffentlicher Kontrolle und marktförderiger Bereitstellung in den verschiedenen Bereichen des Bildungswesens, von der Früherziehung bis zur Erwachsenenbildung, sehr verschieden ausgeprägt; im ökonomischen Diskurs wird nur die Pflichtschule klar der öffentlichen Verantwortung zugeordnet. Seitens der Forschung wird der faktische Prozess der Privatisierung vor allem in Form der Infusion durch private Dienstleistungen und durch graduelle Privatisierung beobachtet. Diese Formen unterminieren

¹ Wichtige repräsentative Publikationen für diese Tendenz liefern Verger/Lubienski/Steiner-Khamsi 2016; Adamson/Åstrand/Darling-Hammond 2016 und Meyer/Benavot 2013; ein sehr instruktiver Spiegel der US-Entwicklung findet sich in Alexander/Levine/Tate 2016; mittlerweile schon „klassisch“ ist das Buch von Ravitch 2011, das auch im Hinblick auf Europa gelesen werden kann.

die öffentliche Kontrolle in hohem Maße implizit und informell, ohne entsprechend explizite politische Beschlussfassungen.

Beim normativen Aspekt handelt es sich letztlich um die Frage, ob es bei Bildung um ein „wirtschaftliches Gut“ geht, das im Prinzip ganz normal am Markt gehandelt werden kann und soll, oder ob dieser Bereich aus gesellschaftspolitischen Gründen der öffentlichen Kontrolle unterworfen sein soll und welche Rolle dabei der Staat in seinen verschiedenen Ausprägungen (von der zentralen über die föderale bis zur lokalen Ebene) haben soll. Im ökonomischen Diskurs wird dazu einerseits die Rhetorik von öffentlichen oder staatlichen Monopolen bemüht, deren Macht eingeschränkt werden sollte; andererseits besteht keine Einigkeit darüber, inwieweit dabei auch die Gewinnerorientierung der Anbieter zulässig sein soll. Im Extremfall gibt es die Szenarien der Emergenz von gewinnorientierten multinationalen Unternehmen, die möglicherweise ergänzt durch einen Non-Profit-Arm im World Education Market tätig werden (inwieweit hier wirtschaftliche Monopolisierungen vor allem hinsichtlich der öffentlichen Kontrollierbarkeit besser sind als staatliche, ist eine theoretische und empirische Forschungsfrage).²

Der ökonomischen Sicht steht eine demokratiepolitische Sicht gegenüber, die das Bildungswesen als einen institutionellen Sektor betrachtet, der für das gesellschaftliche Zusammenleben von grundlegender Bedeutung ist. Daher muss es einen öffentlichen Diskurs darüber geben, wie die Bildung der nachfolgenden Generationen gestaltet wird, da es in jedem Fall entsprechender politischer Beschlussfassungen und Regulationen für diesen Sektor bedarf (auch für eine völlige Liberalisierung müssen zumindest die bestehenden Regulationen beseitigt werden, wie Amy Gutmann 1999 im Zusammenhang mit dem „Civic Minimum“ zeigt). Aus dieser Perspektive müssen die gesellschaftspolitischen Implikationen der beobachteten Privatisierungstendenz wie auch die

dahinter liegenden Motivationen ausreichend ausgelotet und diskutiert werden. Denn hier kann man unterschiedliche – sich oft auch überschneidende – treibende Motive identifizieren: von angestrebten Verbesserungen durch Dezentralisierung und Förderung lokaler/institutioneller Autonomie/Entscheidungen (Beispiel aktuelle Schul-Verwaltungsreform)³ über gesteigerten Wettbewerb bei sachlichen Anzeichen für Ineffizienzen der öffentlichen Ausgaben (wobei private Ausgaben nicht unbedingt effizienter sind; Beispiel Schweden), über den Kauf positionaler Vorteile seitens wohlhabender Kreise durch den Zugang zu teuren prestigereichen Bildungsangeboten (Beispiel US-Elite-Universitäten) bis hin zu direkt ideologischen gesellschaftspolitischen Motiven der Unterminierung des Öffentlichen bzw. des staatlichen Sektors (Beispiel Vergleich des öffentlichen US-Schulwesens mit dem „Communist Bloc“).

Engstens mit der Fragestellung des Calls „Wozu ein öffentliches Bildungswesen“ verbunden sind die Dimensionen der Gerechtigkeit/Gleichheit und der Demokratie/Demokratisierung. Zu beiden gibt es weitreichende Diskurse in Fachkreisen, die jedoch größerer Resonanz bedürfen, um praktisch und politisch wirksam zu werden. Beide Dimensionen sind hierzulande in den Diskursen nicht nur inhaltlich unterbelichtet, sondern auch nicht wirklich präsent, wenn die Auseinandersetzung über die bekannten Schlagworte (Markt vs. Staat; (Chancen)Gleichheit vs. (Chancen)Gerechtigkeit; repräsentative vs. partizipative Demokratie; ideologie-getriebene vs. fakten-basierte Politik; Verwaltung vs. Management; Politische Bildung vs. Demokratiepädagogik etc.) hinausgehen soll. Seit längerem problematisierte Punkte in der eigentlich interdisziplinär angelegten Bildungsforschung (wie auch in den benachbarten sozial- und humanwissenschaftlichen Feldern) sind der mangelnde kumulative Charakter der Forschung, die durch verschiedenste Lagerbildungen und Schubladisierungen geprägt ist,⁴ und gleichzeitig eine disziplinäre Unausgewogenheit (Stichwort

2 Forschungsergebnisse gehen – mit Ausnahmen – stark in die Richtung, dass private (v.a. gewinnorientierte) Bildungsanbieter jedenfalls nicht klar eine bessere (messbare) Qualität aufweisen als öffentliche Anbieter.

3 Eine Dezentralisierung der Entscheidungsbefugnisse kann in Kombination mit neuen Formen/Schneidungen von öffentlicher und privater Trägerschaft erfolgen, die Verknüpfung mit Finanzierungsregimes kann unterschiedlich gestaltet sein (Beispiel Niederlande mit gleichem öffentlichem Finanzierungsregime sowohl für öffentliche wie für private Schulträger).

4 Abgesehen von den traditionellen politischen „Lagern“ gibt es Ausformungen von „Kritisch“ vs. „Neoliberal“; „Positivistisch“ vs. „Poststrukturalistisch“. Im „neuen Gerechtigkeitsdiskurs“ werden Unterscheidungen zwischen „strengen, reinen Egalitaristen“, „liberalen Egalitaristen“ und „reinen Liberalen“ (siehe Goergen 2006) oder auch zwischen Marxisten, Marktliberalen, Kommunitaristen und Utilitaristen (siehe Ladwig o.J.) getroffen.

„ökonomischer Imperialismus“). Die verschiedenen Disziplinen und innerdisziplinären Ansätze laufen tendenziell nebeneinander her, profilieren sich teilweise als Selbstzweck und sind allzu oft nicht auf praktische Lösungen ausgerichtet. In Österreich werden diese Probleme durch ideologische Polarisierungen bei gleichzeitig politisch-praktischem Konsenszwang auf dem Hintergrund einer grundsätzlichen institutionellen Forschungsschwäche (und einer nicht zu unterschätzenden politischen und auch praktischen Ignoranz gegenüber der Forschung) noch verstärkt, was auch eine Orientierung an deliberativer Demokratie erschwert.⁵

Wir finden es sehr wichtig, die Diskurse zu diesen Themen zu vertiefen, um den aktuellen Auseinandersetzungen mehr Substanz zu geben. Die Resonanz auf den Call sollte den Stand der Auseinandersetzungen in der deutschsprachigen Erwachsenenbildung spiegeln und das vorhandene Problembewusstsein sowie die vorhandenen diskursiven Schwerpunkte zum Ausdruck bringen.

Ein Fazit: Die verschiedenen Aspekte von „Öffentlichkeit“ und ihrer Veränderung, die im Call stark betont wurden, haben in den Beiträgen fast keine explizite Resonanz gefunden, es werden eher politische Aspekte sowie Implikationen von Lernen und Bildung thematisiert. Ebenso sind unsere Versuche, den wichtigen politischen Aspekt des Public Value bzw. des Gemeinwohls als Alternative zur dominierenden Logik des Marktversagens als Rechtfertigung politischer Intervention zu mobilisieren, nicht auf Resonanz gestoßen.

Zu den Beiträgen

Jürgen Oelkers zeigt in seinem Beitrag, dass – in Anlehnung an Jürgen Habermas – das Verhältnis von Bildung und Öffentlichkeit einem Strukturwandel unterworfen ist (was auch die Rolle und Verantwortung der Intellektuellen miteinschließt). Er spannt hierfür einen breiten ideengeschichtlichen Bogen, verweist darauf, wie sich die politische Öffentlichkeit von der Elitenkommunikation zur Massendemokratie wandelte und welche vielfältigen Einflüsse

von den Neuen Medien ausgehen. Demokratie ist nicht nur eine politische Regierungsform, sondern demokratische Formen des Zusammenlebens sind darüber hinaus im Sinne der „Demokratie als Lebensform“ (J.Dewey) ein Wesensmerkmal einer demokratischen Gesellschaft, was auch eine wirksame Beeinflussung der öffentlichen Angelegenheiten durch geeignete Formen der Partizipation erfordert. Dabei zeigen sich auch historisch bedingte nationale Unterschiede im Verständnis von Öffentlichkeit und direkter Demokratie. Das öffentliche Bildungswesen unterliegt zwar vielfältigen Veränderungsprozessen, an seiner tragenden Rolle für die soziale und politische Integration wird sich jedoch grundsätzlich nichts ändern.

Lorenz Lassnigg stellt die Frage nach einer „funktionierenden Demokratie“ und ihrer Abhängigkeit von einer „zureichenden“ Bildung der Bevölkerung. Er ortet eine Erosion der Akzeptanz und Problemlösefähigkeit bestehender Institutionen der liberalen Demokratie, die wesentlich durch einen immer stärker werdenden (und mittlerweile vorherrschenden) ökonomisierten Diskurs befördert wurde. Die daraus resultierende Verzerrung und Überbetonung der „Kapitalisierung“ geht einher mit einem entsprechenden Verschwinden der sozialen Einbettung von Bildung und Lernen und deren Bedeutung für die Demokratie.

Diesen Trends wird im Beitrag das deliberative Demokratiekonzept gegenübergestellt, ein Politikanthatz, der auf der aktiven Beteiligung und Einbindung des Publikums in die Prozesse des Agenda Settings und der Entscheidungen basiert. Demokratische Bildung und Erziehung sind notwendigerweise komplementär zur Qualität der Demokratie, und Mängel im demokratischen Umfeld können daher nicht durch Politische Bildung als Schulfach kompensiert werden.

Stefan Vater wirft einen kritischen Blick auf die Entwicklung der Erwachsenenbildung, insbesondere deren Durchdringung sowie Ausrichtung an Marktprinzipien (Nachfrageorientierung, Messbarkeit, New Public Management, Wettbewerb, KundInnenorientierung). Als Fazit zeigt sich ein Abbau an Zugangsgerechtigkeit und öffentlicher

⁵ Ein Beispiel, an dem diese Phänomene paradigmatisch studiert werden können, ist die Struktur der LLL:2020-Strategie und ihr Monitoring (zu diesen Fragen siehe Lassnigg 2017, 2016a u. 2016b).

Bildung sowie eine Delegitimierung des Bereichs der Politischen Erwachsenenbildung.

Eva Ribarits und **Gitta Stagl** setzen sich von einer linguistisch-literatur- und kommunikationswissenschaftlichen Betrachtungsweise und einem breiten umfassenden Begriff von Literarität ausgehend mit den Bezügen zur Politik, Öffentlichkeit und Demokratie auseinander. Eine wesentliche Botschaft ist, dass zur Bewältigung des durchmedialisierten öffentlichen Raums eine einfache instrumentelle Auffassung von „Alphabetisierung“ zu kurz greift. Bei Literarität geht es um die Entschlüsselung von Bedeutungen, was einerseits einen hohen Grad an Kompetenz erfordert und andererseits auch in einem hohen Maß kontingent ist, was die Kompetenzerfordernisse wiederum erhöht. „Das wohl verführerischste und auf den ersten Blick vernünftigste Missverständnis lautet, bei Literarität handle es sich um die Kenntnis respektive Wiedergabe der Buchstaben des Alphabets und/oder der Zahlenschreibung. Und da sie aus einfachen Elementen bestehen, seien sie auch einfach zu erlernen“, betonen die Autorinnen, um die Herausforderungen zu signalisieren. Die Kompetenz der Literarität ist die Voraussetzung gelingender Demokratie.

Bernd Käßlinger geht der Frage nach, inwieweit auch die Akteurinnen und Akteure der Weiterbildung, insbesondere die Träger und Verbände, Mitverantwortung an der zunehmenden Ökonomisierung des Feldes tragen. Als Alternativen werden die Bildung von Netzwerken, die Etablierung gemeinsamer Bildungshäuser, einrichtungsübergreifende Zertifikatssysteme, gemeinsame Qualifikationsstandards des Personals und gemeinsame Beratungsstellen angeregt, um derart die „Allmenden der Weiterbildung“ im Sinne eines öffentlichen, gemeinschaftlich genutzten Gutes zu befördern.

Günter Hefler, **Eva Steinheimer** und **Janine Wulz** analysieren die Angebote des Zweiten Bildungswegs anhand des Konzepts des organisationalen Feldes. Dieses zerfällt in Subfelder mit je eigenen Schneidungen von Markt-/Konkurrenzmechanismen und öffentlichen Regulierungen. Die konkreten Konstellationen sind dabei als Teil von Institutionalierungsprozessen zu fassen, die wesentlich durch Konflikte mitbestimmt sind. Gegensätzliche

institutionelle Logiken – Profession versus Bürokratie, Markt versus Profession – sind Motor dieser Auseinandersetzungen. Als ein Ergebnis der Analyse stellen sich diese Prozesse der Institutionalisierung und des institutionellen Wandels als komplexer heraus, als die Dichotomie „Markt versus Staat“ suggeriert.

Birge Krondorfer plädiert für Bildung als dialogischen Prozess, ein Öffentlichkeit-Lernen in einer Öffentlichkeit als politische Öffentlichkeit. Denn Menschen werden erst zu BürgerInnen durch ihr Eintreten in den öffentlichen Raum.

Anknüpfend an die Publizität mehrerer Studien zur Demokratie in Österreich wurde eine kleine Umfrage unter den einschlägig befassten JournalistInnen durchgeführt. **Jürgen Klatzer** (Kurier) und **Lucian Mayringer** (OÖ Nachrichten) haben auf unsere Fragen zu den alarmierenden Entwicklungen in liberalen Demokratien geantwortet. Neben ihren in der Tendenz eher optimistischen Einschätzungen zum Zustand der Demokratie (beide sehen vor allem die steigende Volatilität als wichtiges Phänomen) gehen sie auf die Rolle/n von (Erwachsenen-)Bildung und Medien in der und für die Demokratie ein. Die Rolle der Schule und der Medien wird als hoch eingeschätzt, die Wirksamkeit der Politischen Bildung wird angezweifelt.

Andrea Widmann reflektiert anhand ihrer langjährigen Praxis als Organisationsberaterin im Bildungsbereich darüber, vor welchen Herausforderungen Erwachsenenbildungseinrichtungen stehen. Sie adressiert das Spannungsfeld von öffentlichen Vorgaben, Konkurrenz, Selbstorganisation und Hierarchie und bietet einen facettenreichen Einblick in den konkreten Alltag dieser Institutionen.

Michael Tölle hebt hervor, dass entgegen dem hohen Stellenwert („Schlüsselfunktion“), welcher dem Spracherwerb in Deutsch für die Integration zugeschrieben wird, die öffentliche Hand im Bereich DaZ (Deutsch als Zweitsprache) primär Kurse fördert, die am Markt von den (eher ohnehin ressourcenschwachen) TeilnehmerInnen selbst finanziert werden müssen. Aus bildungs- und gesellschaftspolitischer Perspektive sollte DaZ nach Ansicht des Autors jedoch Bestandteil öffentlicher Verantwortung (bspw. in Form eines öffentlich finanzierten „Zentrums für

die österreichische Sprache“) sein, analog der Basisbildung und dem Pflichtschulabschluss.

Christina Buczko stellt die Akademie für Gemeinwohl und deren Verständnis einer kritischen Finanzbildung als eine Form der Politischen Bildung vor.

Susanne Reitmaier-Juárez skizziert das Selbstverständnis und die Aktivitäten des Demokratieforums Wien. Zugang zu öffentlichen Forschungsergebnissen sowie Schaffung politischer Diskursräume abseits wirtschaftlicher Verwertbarkeitslogik bilden den Hintergrund für ihr Plädoyer einer grundlegenden Absicherung derartiger Angebote durch die öffentliche Hand.

Lorenz Lassnigg bespricht das Buch von Elizabeth Anderson, „Private Government: How Employers Rule our Lives (And Why We Don't Talk About It)“.

Erich Ribolits rezensiert das jüngst erschienene Werk von Daniela Holzer „Weiterbildungswiderstand. Eine kritische Theorie der Verweigerung“.

Aus der Redaktion

Mit der auf dieses Magazin folgenden Ausgabe 33, die im Februar 2018 erscheint, möchten die beiden Herausgeberinnen Sonja Muckenhuber und Julia Schindler Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung der Basisbildung als Teil der Erwachsenenbildung beleuchten. Die Beiträge sollen das Verständnis von „Basisbildung“ in ihrer Vielfalt fördern und kritisch darstellen.

Ausgabe 34 thematisiert Mechanismen und Rahmenbedingungen für Bildungszugänge und Bildungsaufstiege. Die beiden Herausgeber Philipp Schnell und Stefan Vater suchen Bearbeitungen, Überlegungen und Projektberichte, die der Frage nachgehen, was den Zugang zu Bildung ermöglicht oder behindert und was Aufstieg durch Bildung bedeutet und beeinflusst. Redaktionsschluss ist am 26. Jänner, die Veröffentlichung im Juni 2018. Den Call zur Ausgabe sowie weitere Informationen dazu finden Sie unter: <https://erwachsenenbildung.at/magazin/calls.php>.

Literatur

Adamson, Frank/Åstrand, Björn/Darling-Hammond, Linda (Hrsg.) (2016): Global Education Reform. How Privatization and Public Investment Influence Education Outcomes. New York: Routledge. Online im Internet: <https://edpolicy.stanford.edu/GlobalEdReform> [Stand: 2017-09-17].

Alexander, Patricia A./Levine, Felice J./Tate, William F. (2016): Education Research: A Century of Discovery. In: Review of Research in Education, Vol. 40, Issue 1.

Goergen, Klaus (2006): Teilen oder helfen. Zum Streit um die richtige Gerechtigkeit. Online im Internet: https://www.lehrer-online-bw.de/site/pbs-bw/get/documents/KULTUS.Dachmandant/KULTUS/Seminare/seminar-weingarten/pdf/Teilen_oder_helfen.pdf [Stand: 2017-09-17].

Goergen, Klaus (2010): Zugänge zur Ethik: allgemeine und angewandte Ethik im Überblick. Münster: LIT Verlag.

Ladwig, Bernd (o.J.): Gerechtigkeit und Gleichheit. Bericht. Information Philosophie. Online im Internet: <http://www.information-philosophie.de/?a=1&t=226&n=2&y=1&c=2> [Stand: 2017-09-17].

Gutmann, Amy (1999): Democratic education. With a new preface and epilogue. Princeton: Princeton UP.

Lassnigg, Lorenz (2016a): Faktenbasierte Anregungen für eine neue Kultur in der Bildungspolitik und Bildungsreform: Kooperation und Augenmaß. In: IHS Policy Brief, Nr. 14, Wien. Online im Internet: <http://irihs.ihs.ac.at/4051/> [Stand: 2017-09-17].

Lassnigg, Lorenz (2016b): Complexity in a bureaucratic-federalist education system. In: Burns, Tracey/Köster, Florian (Hrsg.): Governing Education in a Complex World. Paris: OECD, S. 115-137. Online im Internet: <http://meyda.education.gov.il/files/Planning/GoverningEducationinacomplexworld2016.pdf> [Stand: 2017-09-17].

Lassnigg, Lorenz (2017): Community Education – Grundlagen, Ziele und Methoden in Österreich. In: Höbsch, Werner/Marxer, Wilfried (Hrsg.): Community Education. Stark durch Bildung. Erasmus+ Projekt Community Education. Benders und Brühl, S. 147-165. Online im Internet: <http://www.equi.at/dateien/CE-Liechtenst-draft.pdf> [Stand: 2017-09-17].

Meyer, Heinz-Dieter/Benavot, Aaron (Hrsg.) (2013): PISA, Power, and Policy: the emergence of global educational governance. Oxford: Symposium Books.

Ravitch, Diane (2011): School "Reform": A Failing Grade. The New York Review of Books, 29.9.2011 Issue. Online im Internet: <http://www.nybooks.com/articles/2011/09/29/school-reform-failing-grade/?pagination=false> [Stand: 2017-09-17].

Verger, Antoni/Lubienski, Christopher/Steiner-Khamsi, Gitta (2016): World Yearbook of Education 2016. The global education industry. London: Routledge.



Foto: IHS

Dr. Lorenz Lassnigg

lassnigg@ihs.ac.at
<http://www.ihs.ac.at>
+43 (0)1 59991-214

Lorenz Lassnigg studierte Pädagogik, Politikwissenschaft und Soziologie in Wien und am IHS (www.ihs.ac.at), wo er seit 1985 tätig ist. 1990, 2004, 2006 war er Gastwissenschaftler am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB); 1991 Visitor an der UC-Berkeley (Center for Studies of Higher Education, CSHE); 1995 Reviewer der Berufsbildung von Minas Gerais, Brasilien; 1998/99 für die OECD in Finnland (Transition Projekt); 2004 Experte für die ILO (Social Dialogue); 2010 für die ETF-Turin; 2012-2013 in einem EU-Twinning Projekt in Mazedonien; 2011-16 Experte im OECD Projekt „Governing Complex Education Systems (GCES)“. Seine Erfahrungen bringt er auch fallweise in Lehraufträge an verschiedenen Universitäten ein, darunter 2009 als Gastprofessor an der Universitat Autònoma de Barcelona und seit 2010 an der Universität Tampere, Finnland. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Sozialwissenschaftlichen Bildungsforschung.



Foto: Franz Helmreich

Mag. Kurt Schmid

schmid@ibw.at
<http://www.ibw.at>
+43 (0)1 5451671-26

Kurt Schmid studierte Volkswirtschaft an der Universität Wien. Seit 1998 ist er Bildungsökonom und Projektleiter am Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft (ibw). Er verfasste zahlreiche Publikationen zu Themen der beruflichen Bildung mit Arbeitsschwerpunkten in den Feldern: Schulwahl und Bildungsstromprognosen, Nutzen beruflicher Weiterbildung, Qualifikationsbedarfsforschung sowie diverse internationale Vergleichsstudien zu Berufsbildungssystemen, SchülerInnenleistungen, Schulgovernance und Schulfinanzierung.

Editorial

Abstract

In more recent international comparative research, strong privatization trends in the education system have been observed in different forms, and in political debates about reform, measures that strengthen private initiatives are frequently proposed as solutions to problems in the public education system. However, the implications of this strong trend to privatize education, educational offerings and educational institutions are not sufficiently explored and discussed. In the best case, the dimensions of justice/equality and democracy/democratization above all receive very superficial consideration in the discourses. It is precisely to the latter that The Austrian Open Access Journal on Adult Education (Magazin erwachsenenbildung.at, Meb) wanted to respond, thereby encouraging a deeper examination of the relationship between the public sphere, the market and education. The goal was to make tangible and conceivable more than just the familiar catchphrases (market vs. state, representative vs. participative democracy, administration vs. management, political education vs. democracy education). The articles show that the distortion and overemphasis of “capitalization” go hand in hand with a corresponding decrease in the social embeddedness of education and learning and its significance for democracy, that those who are active in continuing education, especially the providers and associations, bear a share of the responsibility for the increasing economization of the field and also how they can perceive this shared responsibility. Further areas discussed include the booming market for German as a Foreign Language training programmes, the (lack of a) market value for political education and critical financial education, challenges in adult educational institutions between the market, control mechanisms and competitive pressure along with a plea for education as “public sphere learning” in a political public sphere and the assessment of two political journalists to the state of democracy of Austrians. (Ed.)

Impressum/Offenlegung



Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
Gefördert aus Mitteln des BMB
erscheint 3 x jährlich online, mit Parallelausgabe im Druck
Online: www.erwachsenenbildung.at/magazin

Herstellung und Verlag der Druck-Version:
Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISSN: 1993-6818 (Online)
ISSN: 2076-2879 (Druck)
ISSN-L: 1993-6818
ISBN: 9783746009438

Projektträger



CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Marienplatz 1/2/L
A-8020 Graz
ZVR-Zahl: 167333476

Medieninhaber



Bundesministerium für Bildung
Minoritenplatz 5
A-1014 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A-5360 St. Wolfgang

HerausgeberInnen der Ausgabe 32, 2017

Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für höhere Studien)
Mag. Kurt Schmid (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)

HerausgeberInnen des Magazin erwachsenenbildung.at

Mag.^a Regina Rosc (Bundesministerium für Bildung)
Dr. Christian Kloyber (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)

Fachbeirat

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Elke Gruber (Universität Graz)
Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für höhere Studien)
Mag. Kurt Schmid (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)
Mag.^a Julia Schindler (Verein Frauen aus allen Ländern)
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)
Ina Zwerger (ORF Radio Ö1)

Online-Redaktion

Mag.^a Christine Bärnthaler (Verein CONEDU)
Mag. Wilfried Frei (Verein CONEDU)

Fachlektorat

Mag.^a Laura R. Rosinger (Textconsult)

Übersetzung

Übersetzungsbüro Mag.^a Andrea Kraus

Satz

Mag.^a Sabine Schnepfleitner (Verein CONEDU)

Design

Karin Klier (tür 3))) DESIGN)

Website

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

Medienlinie

„Magazin erwachsenenbildung.at - Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs“ (kurz: Meb) ist ein redaktionelles Medium mit Fachbeiträgen von AutorInnen aus Forschung und Praxis sowie aus Bildungsplanung, Bildungspolitik u. Interessensvertretungen. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind, sowie an BildungsforscherInnen und Auszubildende. Das Meb fördert die Auseinandersetzung mit Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik und spiegelt sie wider. Es unterstützt den Wissenstransfer zwischen aktueller Forschung, innovativer Projektlandschaft und variantenreicher Bildungspraxis. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema, das in einem Call for Papers dargelegt wird. Die von AutorInnen eingesendeten Beiträge werden dem Peer-Review eines Fachbeirats unterzogen. Redaktionelle Beiträge ergänzen die Ausgaben. Alle angenommenen Beiträge werden lektoriert und redaktionell für die Veröffentlichung aufbereitet. Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der HerausgeberInnen oder der Redaktion. Die HerausgeberInnen übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte verlinkter Seiten und distanzieren sich insbesondere von rassistischen, sexistischen oder sonstwie diskriminierenden Äußerungen oder rechtswidrigen Inhalten solcher Quellen.

Alle Artikel und Ausgaben des Magazin erwachsenenbildung.at sind im PDF-Format unter www.erwachsenenbildung.at/magazin kostenlos verfügbar. Das Online-Magazin erscheint parallel auch in Druck (Print-on-Demand) sowie als E-Book.

Urheberrecht und Lizenzierung

Wenn nicht anders angegeben, erscheint die Online-Version des „Magazin erwachsenenbildung.at“ ab Ausgabe 28, 2016 unter der Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>).



BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen verbreiten, verteilen, wiederveröffentlichen, bearbeiten, weiterentwickeln, mixen, kompilieren und auch monetarisieren (kommerziell nutzen):

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL angeben.
- Angabe von Änderungen: Im Falle einer Bearbeitung müssen Sie die vorgenommenen Änderungen angeben.
- Nennung der Lizenzbedingungen inklusive Angabe des Links zur Lizenz. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieses Werk fällt, mitteilen.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt. Nähere Informationen unter www.creativecommons.at.

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar elektronisch an redaktion@erwachsenenbildung.at oder postalisch an die angegebene Kontaktadresse.

Kontakt und Hersteller

Magazin erwachsenenbildung.at
Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
p. A. CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Marienplatz 1/2/L, A-8020 Graz
redaktion@erwachsenenbildung.at